

- **Spruch der Woche**

"Wenn alle Zeiten gleich sind, werden sie gleich sinnlos. Wenn dein Sonntag wie dein Alltag wird, wird auch dein Alltag seines Sinnes entleert." (Anselm Grün)

Die Redaktion wünscht allen Lesern einen erholsamen Urlaub. Nutzen Sie diese Zeit zum Aufatmen, „als Zeit des Nichtstuns, als Zeit des Auftankens, als erholsame Ruhezeit“ (Pierre Stutz).

Und nun auf einen Blick die Themen in Kürze

- **KKV-Bundesverband**
 - KKV gegen "Berliner Regelung" der verkaufsoffenen Sonntage
 - KKV-Kritik am Spickmich-Urteil
- **Aus den KKV-Diözesanverbänden, dem Landes- bzw. Regionalverband sowie dem Fördererkreis für Bildungsarbeit**
 - KKV-Tagesseminar am 04.07.09: Parteienlandschaft in Deutschland
 - 53. Weltenburger Gespräch des LV Bayern vom 17.-19.07.09
 - Bildungswochenende des KKV DV Paderborn am 17./18.10.09
 - Herbsttagung des KKV DV Köln am 24./25.10.09
- **Aus dem kirchlichen Bereich**
 - Papst unterzeichnet Enzyklika
 - katholische Kirche will sich auch gegenüber Patchwork-Familien, Alleinerziehenden und Geschiedenen nicht verschließen
 - Vor zehn Jahren: Keinen Beratungsschein mehr durch kirchliche Beratungsstellen
 - Papst an Priester: „Wir müssen uns völlig mit unserer Aufgabe identifizieren“
 - haben
 - Vatikan/Österreich: „Differenziert und brüderlich“
- **Aus dem politischen und wirtschaftlichen Bereich**
 - „Wem gehört eigentlich der Sonntag?“
 - Patientenverfügung: Info von Michaela Noll, MdB
 - Patientenverfügung: Auszug aus einem Interview mit Stefan Rehder
 - Gleichstellung von Moslems – aber welcher?
 - Braucht die CDU einen katholischen Arbeitskreis?
 - Bischof Mixa: Kindererziehung darf nicht verstaatlicht werden
 - EU-Gesundheitsminister verzichten auf Empfehlung zur Embryonenselektion mit dem Ziel der „Ausmerzungen“ seltener Krankheiten
- **Verschiedene Angebote**
 - Angebot der Thomas-Morus-Akademie

und jetzt die neuesten Infos etwas ausführlicher aus

- **dem KKV-Bundesverband**

Pressemitteilungen:

23.06.09: KKV spricht sich gegen "Berliner Regelung" der verkaufsoffenen Sonntage aus

Der KKV bedauert die "Berliner Regelung", an bis zu zehn Sonn- und Feiertagen im Jahr - darunter allen Adventssonntagen - die Ladenöffnung zu erlauben.

"Wir hoffen, dass das Bundesverfassungsgericht das Berliner Ladenöffnungsgesetz kippt", so der Verbandsvorsitzende Bernd-M. Wehner. Eine mündliche Verhandlung findet heute vor dem höchsten deutschen Gericht in Karlsruhe statt. Mit einer Entscheidung wird in den nächsten Monaten gerechnet. "Der KKV hat sich immer wieder für den Schutz des Sonntags eingesetzt und sich gegen Ladenöffnungen am Sonntag ausgesprochen", betont Wehner. Es müsse wieder bewusster werden, dass der Sonntag ein soziales Kapital sei, der für den Zusammenhalt in den Familien und in der Gemeinschaft von zentraler Bedeutung sei. ...

26.06.09: KKV-Kritik am Spickmich-Urteil:

"Feedback als Kultur ins Klassenzimmer und nicht als Klick ins Internet!"

"Es irritiert, wenn Richter heute eine anonyme und vielfach so unbedachte wie öffentliche Beurteilung von Lehrkräften durch Schülerinnen und Schüler im Internet bejahen - mit der Begründung, dass das Recht der freien Meinungsäußerung höher einzuschätzen sei als der Schutz von Persönlichkeitsrechten." Mit diesen Worten kritisierte Bernd-M. Wehner, Vorsitzender des KKV-Bundesverbandes das jüngste Urteil des höchsten deutschen Zivilgerichtes und stellt sich damit an die Seite der Lehrkräfte. Eine Lehrerin aus Neukirchen-Vluyn hatte beim Bundesgerichtshof gegen die anonyme Bewertung von Schülern im Internetportal Spickmich.de geklagt und war abgewiesen worden.

"Spickmich.de ist ein virtueller Stolperstein auf dem Weg zu mehr Vertrauen, Offenheit und konstruktiver Beurteilung an deutschen Schulen", so Wehner. "Man stelle sich nur einmal vor, die Schülerinnen und Schüler erführen öffentlich übers Internet von ihren Zeugnisnoten - und wüssten noch nicht einmal, wer ihnen die Noten gegeben hat", so Wehners erläuternder Perspektivenwechsel. "Ehrliches Feedback und offene Kritik gehören als Kultur ins Klassenzimmer und nicht als anonymes Klick ins Internet!" Wehner sieht deshalb - ähnlich wie die Lehrerverbände - auch "den langfristigen Vertrauensverlust weit dramatischer als die kurzfristige Aufregung". Am Ende schade Spickmich.de vor allem den Schülerinnen und Schülern selbst – das könne nicht in ihrem Sinne sein. ...

Den vollständigen Wortlaut der Pressemitteilungen finden Sie unter www.kkv-bund.de.

- **den KKV-Diözesanverbänden, dem Landesverband Bayern, dem Regionalverband Ost sowie dem Fördererkreis für Bildungsarbeit im KKV**

KKV-Tagesseminar am 04.07.09: - (Kurzfristige Absage mangels ausreichender Anmeldungen)

Thema **Parteienlandschaft in Deutschland**
 Referent Jan Treibel, Politologe und wissenschaftl. Mitarbeiter am Lehrstuhl für das politische System der Bundesrepublik an der Uni Duisburg-Essen
 Termin Samstag, 04. Juli 2009, 11:00 bis 16:00 Uhr
 Ort Kath. Akademie "Die Wolfsburg", Mülheim/Ruhr
 Infos Bei Joachim Hüpkens, GeschF des KKV BV, Tel. 0201 87923-0
 E-Mail: joachim.huepkens@kkv-bund.de

53. Weltenburger Gespräch des LV Bayern vom 17.-19.07.09

Thema **"Juden und Christentum"**
 Referenten * Ilse Ruth Snopkowski
 * Dekant Rupert Franja
 * Hans Jakob Ginsburg, Schuldekan i.R
 * Albrecht Lohrbächer
 Zeit: 17./18. Okt. 2009
 Ort: Kloster Weltenburg bei Kelheim/Regensburg
 Infos bei KKV-Landesverband Bayern 0911 497201 oder <http://www.kkv-bayern.org/>

Bildungswochenende des KKV DV Paderborn am 17./18.10.09

Thema **Das soziale Netz – als Verbindung und Verpflichtung unverzichtbar**
 Referenten * Prof. Dr. Notburga Ott, Lehrstuhl für Sozialpolitik und öffentl. Wirtschaft
 * Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales in NRW
 * Hans-Josef Vogel, CDU, Bürgermeister der Stadt Arnsberg
 * Msgr. Prof. Dr. Peter Schallenberg, Lehrstuhl für Moraltheologie und Ethik
 Zeit: 17./18. Okt. 2009
 Ort: Aula im Liborianum, An den Kapuzinern 5-7, Paderborn
 Kosten: 25,- € für KKV-Mitgl./45,- € für Gäste für Übernachtung und Verpflegung
 Infos bei Frank Fröhlich, Vors. des DV Paderborn, Tel. 0521 81577

Herbsttagung des KKV DV Köln am 24./25.10.09

Thema **Monopoly des Geldes - wenn Vertrauen beschädigt wird**
 Ursachen, Folgen und ethische Beurteilung der Finanz- und Wirtschaftskrise
 Referenten *u.a. Pater Johannes Zabel OP*
 Zeit: 24./25. Okt. 2009
 Ort: Maternushaus in Köln
 Kosten: 40,- € für Übernachtung und Verpflegung

- **dem kirchlichen Bereich**

Papst unterzeichnet Enzyklika

Papst Benedikt XVI. hat sich zum ersten Mal öffentlich über seine Sozialenzyklika geäußert. Das dritte Lehrschreiben seines Pontifikates trage den Titel „Caritas in veritate“ und solle „sehr bald“ erscheinen, kündigte der Papst beim Angelusgebet auf dem Petersplatz an.

„Die Enzyklika trägt das Datum von heute, 29. Juni, dem Fest Peter und Paul, und greift die sozialen Themen der Enzyklika Populorum progressio auf, die 1967 der Diener Gottes Paul VI. schrieb. Sie beabsichtigt, einige Aspekte der gesamten Entwicklung unserer Epoche im Licht der Liebe und der Wahrheit zu vertiefen. Ich vertraue die Enzyklika eurem Gebet an. Sie versteht sich als weiterer Beitrag der Kirche zu den Anstrengungen der Menschheit um einen nachhaltigen Fortschritt – einen Fortschritt im vollen Respekt der menschlichen Würde und der wahren Bedürfnisse aller.“

Ein konkretes Datum zur Veröffentlichung nannte Benedikt nicht; Beobachter reichten damit in den nächsten Tagen. (rv)

[Hier zum Nachhören](#)

Quelle: Radio Vatikan 29.06.09

Die katholische Kirche will sich auch gegenüber Patchwork-Familien, Alleinerziehenden und Geschiedenen nicht verschließen.

Der Umgang mit erneut verheirateten Menschen und Ehen, in denen ein Partner ohne Bekenntnis sei, gehörten zu den größten Herausforderungen der Familienseelsorge, betonte der Berliner Kardinal Georg Sterzinsky nach einer Expertentagung der Deutschen Bischofskonferenz am Freitag in Freising. Ein „neues Denken und eine wertschätzende Haltung“ gegenüber allen Familienformen sei auf der Tagung festgestellt worden, bilanzierte die Münchner Ordinariatsrätin Anneliese Mayer, die das Treffen mitorganisiert hatte. Die Rahmenbedingungen für Ehe und Familie hätten sich verändert, erklärte Sterzinsky. Doch nach wie vor wollten viele Menschen von der Kirche betreut werden. Eltern-Kind-Gruppen und Familienkreise leisteten dabei gute Arbeit. (kna)

Quelle: Radio Vatikan 27.06.09

Vor zehn Jahren: Keinen Beratungsschein mehr durch kirchliche Beratungsstellen

Vor genau zehn Jahren erklärte der damalige Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehman, dass die Kirche sich voll und ganz für den Lebensschutz einsetze. Erinnern wir uns: 1995 war in Deutschland nach langer Debatte das Abtreibungsrecht geändert worden. Seitdem müssen sich Frauen, die straffrei abtreiben wollen, in den ersten drei Schwangerschaftsmonaten in einer anerkannten Stelle beraten lassen und dies über einen Schein nachweisen. Für die katholische Kirche bedeutete dies eine schwierige Entscheidung, denn es gab katholische Beratungsstellen, die Scheine aushändigten. Der Papst reagierte. Im Januar 1998 schrieb Johannes Paul II. an die deutschen Bischöfe, sie sollten ihre Hilfe für schwangere Frauen fortführen. Gleichzeitig sagte der Papst in klarer Weise, dass in den kirchlichen Beratungsstellen keine Bescheinigung mehr ausgestellt werden dürfe.

Abtreibung werde oft zur Quelle schweren Leidens für die Betroffenen, sagte auch Papst Benedikt vor etwa einem Jahr den Teilnehmern eines Kongresses des Päpstlichen Instituts Johannes Paul II.:

„Das ethische Urteil der Kirche über Scheidung und Abtreibung ist klar und uns allen bekannt: Es handelt sich jeweils um eine schwere Schuld, die die Würde der menschlichen Person schädigt und Gott selbst beleidigt. Und doch hat die Kirche immer die konkrete Person vor Augen. Besonders die schwächere und unschuldige, die Opfer von Ungerechtigkeit und Sünde wird, und auch alle jene Männer und Frauen, die, indem sie solche Akte begingen, sich mit Schuld befleckt und innere Wunden zugezogen haben, die aber den Frieden und die Möglichkeit einer Heilung suchen. Diesen Personen gegenüber hat die Kirche die primäre Pflicht, ihnen mit Liebe und Einfühlung beizustehen, mit Fürsorge und mütterlicher Aufmerksamkeit, um die barmherzige Nähe Gottes in Jesus Christus zu verkünden.“ (rv) [Hier zum Nachhören](#)

Quelle: Radio Vatikan 23.06.09

Papst an Priester: „Wir müssen uns völlig mit unserer Aufgabe identifizieren“

Benedikt XVI. hat einen Brief an die Priester in aller Welt geschrieben. Anlass ist das „Jahr der Priester“, das er an diesem Freitag feierlich eröffnen wird. In dem Brief, der am Donnerstag vom Vatikan veröffentlicht wurde, stellt der Papst seinen Mitbrüdern im Priesteramt eindringlich das Beispiel des heiligen Pfarrers von Ars vor Augen, der im August vor 150 Jahren starb. Priester seien ein „unermessliches Geschenk“ – „nicht nur für die Kirche, sondern auch für die Menschheit überhaupt“. Sie sollten sich „völlig“ mit ihrer Aufgabe identifizieren, rät der Papst. Er ermuntert die Priester zur Zusammenarbeit mit den Laien und zu einer Wiederbelebung des Beichtsakraments.

Hier einige Kernsätze aus dem Brief Benedikts XVI.:

„Liebe Mitbrüder im priesterlichen Dienst! „Das Priestertum ist die Liebe des Herzens Jesu“, pflegte der heilige Pfarrer von Ars zu sagen. Wie könnte man die vielen Priester vergessen, die in ihrer Würde verletzt, in ihrer Sendung behindert, manchmal sogar bis hin zum extremen Zeugnis der Hingabe des eigenen Lebens verfolgt werden? ...

Identifizierung der Priester-Aufgabe: Was wir als erstes lernen müssen, ist die völlige Identifizierung mit der eigenen Aufgabe. In Jesus fallen Person und Sendung im Grunde zusammen: Sein gesamtes Heilshandeln war und ist Ausdruck seines „Sohn-Ich“, das von Ewigkeit her vor dem Vater steht in einer Haltung liebevoller Unterwerfung unter dessen Willen. In bescheidener und doch wahrer Analogie muss auch der Priester diese Identifizierung anstreben.

Zusammenarbeit mit gläubigen Laien: (Ich möchte) das Feld der Zusammenarbeit betonen, das immer mehr auf die gläubigen Laien auszudehnen ist. Priester sollen (so mahnt das Konzil) „gern auf die Laien hören, ihre Wünsche brüderlich erwägen und ihre Erfahrung und Zuständigkeit in den verschiedenen Bereichen des menschlichen Wirkens anerkennen, damit sie gemeinsam mit ihnen die Zeichen der Zeit erkennen können.“ ... (rv)

Quelle: Radio Vatikan 18.06.09

Vatikan/Österreich: „Differenziert und brüderlich“

Ein brüderlicher Austausch über den Zustand und den Weg der österreichischen Kirche – das war nach Angaben Kardinal Christoph Schönborns das intensive zweitägige Treffen österreichischer Bischöfe mit Papst Benedikt und mehreren Kurienchefs. ...

Zwei Aspekte hob Kardinal Schönborn an den Gesprächen mit der Kurie besonders hervor: die **Unersetzlichkeit der katholischen Laien** in der Gesellschaft und die Frage des **Zölibats** für Priester. Diese beiden kirchlichen Fragen stellten sich in ganz Europa.

„Der Heilige Vater hat uns etwas sehr Beeindruckendes zum Thema Zölibat gesagt, weil das natürlich in Österreich und speziell in Oberösterreich ein heiß diskutiertes Thema ist. Er hat gesagt: Es geht letztlich um die Frage, ob wir daran glauben, dass es möglich ist, dass es sinnvoll ist, ein Leben ganz und gar auf dieses eine Fundament zu stellen, auf Gott. Und im Dienst für Gott und für Jesus Christus diesen Dienst auch in einer Lebensform gewissermaßen Gestalt werden zu lassen, in der Lebensform der Ehelosigkeit, wie Jesus sie verstanden hat – um des Himmelreiches willen. Nicht aus Misstrauen gegenüber der Ehe oder als Missachtung der Ehe, sondern weil das höchste Gut, das uns gegeben ist, Gott, Jesus Christus, gegenwärtig in der Welt ist und es deshalb möglich und sinnvoll ist, sein Leben ganz auf Christus zu stellen.“

Einig waren... (rv)

Quelle: Radio Vatikan 29.06.09

- **dem politischen und wirtschaftlichen Bereich**

Wem gehört eigentlich der Sonntag?

Berlin wird wieder zum Austragungsort religionspolitischer Grundsatzentscheidungen. Nach der Frage nach dem „ob“ und „wozu“ des Religionsunterrichts steht nun die Frage nach der Sinnhaftigkeit der Sonntagsruhe im Zentrum einer kulturellen Auseinandersetzung. Die Berliner Regelung sieht vor, an zehn Sonntagen im Jahr die Geschäfte zu öffnen, darunter an den vier Adventssonntagen. Der evangelische Bischof von Berlin, Wolfgang Huber, und der katholische Erzbischof, Georg Kardinal Sterzinsky, wurden in dieser Woche beide selbst in Karlsruhe beim Bundesverfassungsgericht vorstellig, um für den Schutz des Sonntags zu streiten. Der Sonntag soll die vom Grundgesetz zugesprochene Bedeutung zurückbekommen und für die Zukunft behalten. Eine verbrieftene Bedeutung, die ihm der rot-rote Senat in Berlin nehmen möchte. ...

Von der regionalen Begrenzung des aktuellen Konflikts einmal abgesehen: Was bedeutet die Diskussion um den Sonntag? Die gesellschaftliche Rolle und Stellung des Christentums und der Kirchen wird nicht mehr bis in alle Zeit von alten Privilegien oder Rechtstiteln bestimmt werden. ...

Für den Sonntag müssen alle streiten, nicht nur die Bischöfe

Die Kirche muss, wenn sie Gefahren für ihre Tradition und Überzeugungen im Verzug sieht, wie nun mit dem Sonntag, ihre Mitglieder mobilisieren. Beim Streit um den Religionsunterricht ist ihr das eindrucksvoll gelungen. Christen müssen verinnerlichen: Wir bekommen nichts mehr nur so und gratis, weil wir die Christenheit sind. Für gesellschaftliche Relevanz müssen gesellschaftliche Gruppen in einer Zivilgesellschaft ohne Deutungsmonopol streiten lernen. Noch ist die Kirche da nicht auf gänzlich verlorenem Posten: Von den 50 Millionen Christen gehen immer noch rund fünf Millionen sonntags zum Gottesdienst. Die gesellschaftliche Leistung der Kirchen und die Bedeutung christlicher Werte für die Gesellschaft werden von einem großen Kreis Menschen jenseits der

Gottesdienstbesucher anerkannt. Wenn der Sonntag Sonntag bleiben soll, müssen die Christen dafür auch sorgen wollen. Sie können nicht nur ihre Kirchenoberen in die Arena schicken.

Quelle: Die Tagespost 29.06.09

Patientenverfügungsgesetz

Der Bundestag hat sich vor kurzem mit der Frage der Patientenverfügung beschäftigt. Das Ergebnis ist inzwischen bekannt. Mit Mehrheit wurde der vom SPD-Abgeordneten Joachim Stünker eingebrachte Gesetzentwurf verabschiedet. (Siehe hierzu auch die Vorstandsnachrichten vom Juli 2009.) Da die jetzt getroffene Regelung mit Sicherheit nicht der Weisheit letzter Schluss ist, weisen wir erneut darauf hin, dass es neben einer Patientenverfügung noch andere Möglichkeiten gibt, Vorsorge für die Behandlung am Lebensende zu treffen. So wird in der **Christlichen Patientenverfügung**, die u.a. von der Deutschen Bischofskonferenz und dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) herausgegeben wird, auf die Option hingewiesen, eine Person zu bevollmächtigen, die als rechtliche Vertreterin in Kenntnis des Patienten dessen Wünsche in Kooperation mit dem Arzt am Lebensende umzusetzen hilft. **Unserer Ansicht nach gewährleistet dieses Zusammenspiel von Selbstbestimmung und Fürsorge das Wohl eines jeden Patienten am Lebensende am besten.**

Das Dokument können Sie unter

www.dbk.de/imperia/md/content/schriften/dbk6.gemeinsametexte/gt_15-2_auflage.pdf herunterladen bzw. in der KKV-Geschäftsstelle anfordern.

Gleichzeitig veröffentlichen wir noch eine **Info der CDU-Bundestagsabgeordneten Michaela Noll** – sie ist Mitglied im KKV – zu dieser Thematik. Sie finden hier eine gute Zusammenfassung der jeweiligen Gesetzentwürfe sowie ihre Begründung, warum sie für den Hüppe-Antrag abgestimmt hat:

1. Das Patientenverfügungsgesetz (**Bosbach-Entwurf**) sieht zwei Typen von Patientenverfügungen vor: Die einfache Patientenverfügung erfordert nur Schriftform, unterliegt aber einer Reichweitenbegrenzung (auf unheilbare, tödliche Krankheit oder endgültigen Bewusstseinsverlust). Eine qualifizierte Patientenverfügung ist unbegrenzt verbindlich, wenn und soweit der Patient vorher ärztlich beraten und die Verfügung nicht älter als fünf Jahre ist oder bestätigt wurde. Bei der Entscheidung über den Abbruch einer lebenserhaltenden Behandlung werden Arzt und Betreuer von einem beratenden Konsil von Angehörigen, Pflegern und nahestehenden Personen beraten. Wenn keine unheilbare, tödliche Krankheit vorliegt und bei Dissens muss das Vormundschaftsgericht einen Abbruch genehmigen. Eine Basisversorgung kann nicht ausgeschlossen werden, das gilt nicht für die Ernährung mittels PEG-Sonde. Ein **Änderungsantrag** hierzu sieht vor, dass die Möglichkeit einer verbindlichen Anordnung des Behandlungsabbruchs bei Wachkomapatienten nur in einer qualifizierten Patientenverfügung nach ärztlicher Beratung möglich ist.

2. Nach dem Gesetz zur Änderung des Betreuungsrechts (**Zöller-Entwurf**) haben Betreuer oder Bevollmächtigte eine Patientenverfügung unabhängig vom Stadium der Erkrankung umzusetzen (keine Reichweitenbegrenzung). Nur bei Dissens über den Willen des Betroffenen ist das Vormundschaftsgericht einzuschalten.

3. Das Patientenverfügungsverbindlichkeitsgesetz (**Stünker-Entwurf**) sieht vor, dass Patientenverfügungen unabhängig von Art und Verlauf einer Erkrankung (keine Reichweitenbegrenzung) verbindlich sind. Nur bei Dissens über den Willen des Betroffenen ist das Vormundschaftsgericht einzuschalten.

4. Der Antrag „Gesetzliche Überregulierung der Patientenverfügung vermeiden“ (**Hüppe-Antrag**), den ich unterstütze, lehnt eine gesetzliche Regelung der Patientenverfügung ab und stellt fest, dass sich der gegenwärtige Zustand mit gefestigter Rechtsprechung und den Richtlinien und Empfehlungen der Bundesärztekammer bewährt habe.

Kommentar:

Ein Patientenverfügungsgesetz ist der Versuch, ein Problem mit juristischen Mitteln zu lösen, dass mit juristischen Mitteln nicht zu lösen ist. Gegen die Angst vieler Menschen vor einem qualvollen, einsamen, als sinnlos empfundenen Sterbeprozess und vor einer Medizin, die vermeintlich nicht loslassen kann, hilft kein Patientenverfügungsgesetz, sondern nur ein achtsamer Umgang mit Patienten und Sterbenden, der mit ihnen danach sucht, wie sie ihren Tod sterben können. Dazu können Patientenverfügungen keine Hilfe sein – ein Patientenverfügungsgesetz brauchen wir dazu nicht.

Patientenverfügung – Auszug aus einem Interview mit Stefan Rehder

Statt einer Patientenverfügung empfehlen Sie eine Vorsorgevollmacht. Wo liegt da der Unterschied?

Rehder: Mit einer Vorsorgevollmacht bevollmächtige ich einen mir nahe stehenden Menschen, Dinge, die ich selbst nicht mehr entscheiden kann, statt meiner zu regeln. Mit einer Vorsorgevollmacht bleibt man flexibel und kann agieren. So kann zum Beispiel der Bevollmächtigte weitere Ärzte konsultieren. Aber selbst wenn das unterbliebe: Es ist von unschätzbarem Vorteil, wenn der behandelnde Arzt

einen kommunikationsfähigen Ansprechpartner hat, anstatt bloß ein Stück Papier, das in entscheidenden Fragen vielleicht noch missverständlich formuliert wurde. Denn man muss sich klar machen: Patientenverfügung wie Vorsorgevollmacht kommen nur zum Tragen, wenn ich selbst nicht mehr einwilligungsfähig bin, etwa weil ich bewusstlos oder dement bin. Dann gilt entweder, was ich einmal in gesunden Tagen ohne Kenntnis der aktuellen Situation in der Patientenverfügung niedergelegt habe, oder was die von mir bevollmächtigte Person in Kenntnis der aktuellen Lage und in Kenntnis meiner grundsätzlichen Haltungen und Wünsche statt meiner entscheidet.

(Stefan

Quelle: Neue Bildpost vom 09.06.09

Gleichstellung von Moslems – aber welcher?

Soll der deutsche Staat den Islam mit den christlichen Kirchen gleichstellen? Bei manch einem Bürger regen sich da Widerstände. Dabei ist es eine Forderung des Grundgesetzes, dass der Staat, der in Deutschland religionsneutral ist, alle Religionsgemeinschaften gleich behandelt. Das Problem liegt woanders, erklärt der Theologe und Islamwissenschaftler Peter Hünseler – er ist Leiter der CIBEDO, der Christlich-Islamischen Begegnungsstelle der deutschen Bischofskonferenz. Das deutsche Staatskirchen-Recht besagt nämlich, dass der Staat nur solche Glaubensgemeinschaften anerkennt, die eine gewisse Organisationsform aufweisen.

„Nehmen wir die Katholische Kirche. Sie hat eine Organisationsstruktur, man wird Mitglied der Kirche durch die Taufe, dies ist ein freiwilliger Akt, der ja bei der Heiligen Kommunion noch mal von dem Täufling wiederholt wird. Der sagt: Jawohl, ich will Mitglied in dieser Kirche sein. Und damit erkennt er die Kirchenstrukturen an. Und er erkennt an, dass in dieser Kirche ein Lehramt gibt, was verbindlich die Glaubensinhalte darstellt - auch gegenüber dem Staat. Und genau diese Verfasstheit gibt es im Islam nicht. Der Islam ist bekanntlich die freie Gemeinschaft der Gläubigen ohne irgendeine Organisationsform. Und vor allen Dingen: ohne ein Lehramt. Und hier liegt das Problem.“

Innenminister Wolfgang Schäuble glaubt, dass sich die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religionen (Ditib) in Richtung einer solchen Religionsgemeinschaft entwickeln könnte. Da wird die Organisation aber noch einen „sehr weiten Weg“ zurückzulegen haben, gibt Hünseler zu bedenken. Ein Plus sei „die moderate und positive Haltung der Ditib zum deutschen Staat und zu den gemeinsamen Werten“. Andererseits sei die Organisation ein diplomatischer Ableger der Religionsbehörde in der Türkei – ein Ministerium könne aber keine Religionsgemeinschaft sein, so Peter Hünseler im Interview des Kölner Domradio. (domradio) - [Hier zum Nachhören](#)

Quelle: Radio Vatikan 22.06.09

Braucht die CDU einen katholischen Arbeitskreis?

Die Debatte um den katholischen Anteil in der Union kommt nicht zum Erliegen – ausgerechnet im Wahljahr. Wir erinnern uns: Im Frühjahr hatte Kritik von Bundeskanzlerin Angela Merkel am Papst zu einem hörbaren Murren in der katholischen Ecke ihrer CDU geführt. Jetzt ist es der Journalist und Publizist Martin Lohmann, Autor eines Buches namens „Das Kreuz mit dem C“, der die Gründung eines Katholischen Arbeitskreises in der CDU fordert – und zwar gegen Merkels erklärten Widerstand. *„Es ist höchste Zeit für diese Profilerweiterung und Profilstärkung in der Christlich-Demokratischen Union und auch in der Christlich-Sozialen Union! Wir brauchen bundesweit eine Möglichkeit, dass katholische Christen sich entsprechend profiliert engagieren können. Es gibt schon seit Jahrzehnten einen Evangelischen Arbeitskreis in der CDU; der wurde in einer Zeit gegründet, als die evangelischen Christen den Eindruck hatten, dass sie in der vom rheinischen Katholizismus dominierten CDU vielleicht nicht wirklich ihre Stimme zu Gehör bringen können. Dieser Arbeitskreis hat in der Partei eine feste Verankerung und Strukturierung; er wird gehört und hat Antragsrecht in der Partei; er ist auch auf den Parteitagen sichtbar... aber es gibt kein Gegenstück!“*

Deutschland sei nach der Wiedervereinigung nördlicher und heidnischer geworden, so Lohmann weiter. Auch Berlin solle Sorge dafür, dass der rheinische Katholizismus nicht mehr so wahrnehmbar sei. ... (domradio)

Quelle: Radio Vatikan 29.06.09

Bischof Mixa: Kindererziehung darf nicht verstaatlicht werden

Der Bischof von Augsburg, Dr. Walter Mixa, hat am Mittwochabend anlässlich des "familienpolitischen Abendgebetes" im Augsburger Mariendom, das vom Familienbund der Katholiken im Bistum Augsburg durchgeführt wird, zu einer Stärkung der Familien aufgerufen. "Mütter und Väter sind die Leistungsträger Nummer eins in unserer Gesellschaft, deren Beitrag für die gesunde Entwicklung der nachfolgenden Generation nicht hoch genug eingeschätzt werden kann", sagte der Bischof. Die wirtschaftliche Stellung und Wertschätzung der Familien in unserer Gesellschaft stehe aber immer noch in einem krassen Gegensatz zu deren Leistungen für das Gemeinwohl, betonte Mixa. Sozial schwache Familien sowie alleinerziehende Mütter oder Väter hätten vor allem keine echte wirtschaftliche Wahlfreiheit zwischen externer Berufstätigkeit und der eigenen Erziehung und

Betreuung ihrer Kinder.

Bischof Mixa forderte: „Die eigene Erziehung und Betreuung von Kindern muß von der staatlichen Gemeinschaft in gleicher Weise finanziell gefördert werden wie die Kosten für einen Krippenplatz“. taat und Gesellschaft müssten die Familien bei der Erziehung ihrer Kinder unterstützen und sie auch wirtschaftlich in die Lage versetzen, Kinder selbst zu erziehen. Die Erziehungsaufgabe der Eltern dürfe nicht durch eine immer stärkere Ausweitung der Fremdbetreuung verstaatlicht werden.

Quelle: Domradio Vatikan 18.06.09

Die EU-Gesundheitsminister haben bei ihrem Treffen in Luxemburg auf eine Empfehlung zur Embryonenselektion mit dem Ziel der „Ausmerzungen“ seltener Krankheiten verzichtet. Die Minister ließen damit eine Empfehlung des EU-Parlaments vom April außer Acht, im Kampf gegen seltene Krankheiten unter Umständen auch auf eine Embryonenselektion mittels der umstrittenen Präimplantationsdiagnostik (PID) zurückzugreifen. Sie verzichteten darauf, sich für oder gegen diese genetische Untersuchung des Embryos vor der Einpflanzung in den Mutterleib auszusprechen. In der Empfehlung der Minister kommt die zuvor scharf kritisierte Embryonenselektion nicht mehr vor. Sie vereinbarten lediglich, im Hinblick auf seltene Krankheiten europaweit enger zusammenzuarbeiten.

Quelle: Radio Vatikan 16.06.09

Anmerkung der Redaktion: Auch der KKV hat sich mit Pressemitteilung vom 28.04.09 eindeutig gegen eine Embryonenselektion ausgesprochen.

- **Verschiedene Angebote**

- **Angebot der Thomas-Morus-Akademie**

Thema **Die Diskussion um das Konzil** - Zum Verständnis und Bedeutung des Zweiten Vatikanums
Referenten * Prof. Dr. Michael Schneider SJ
* Prof. Dr. Werner Löser SJ
* Prof. Dr. Michael Schulz
* Prof. Dr. Peter Hofmann
Zeit: 11./12. Juli 2009
Ort: Thomas-Morus-Akademie, Bergisch-Gladbach
Kosten: 80,- € für Tagungsbeitrag, Übernachtung und Verpflegung
Weitere Infos: www.tma-bensberg.de

Der KKV – ehemals Katholisch-Kaufmännischer-Verein – ist der Verband der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung. Er zählt heute rund 8.000 Mitglieder in ca. 100 Ortsgemeinschaften, die sich der gesellschaftlichen Mitte zugehörig fühlen. Weitere Informationen zum KKV finden Sie unter www.kkv-bund.de.

Die KKV-Info-Post können Sie jederzeit unter der E-Mail-Adresse info@kkv-bund.de abbestellen.

Impressum: KKV-Bundesverband, Verband der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung, Bismarckstr. 61, 45128 Essen, Tel. 0201 87923-0, E-Mail: info@kkv-bund.de.

Verantwortlich: Bernd-M. Wehner, Knipprather Str. 77, 40789 Monheim am Rhein Telefon: 02173 58702, E-Mail: Wehner.Monheim@t-online.de